Nummer 6 — Halle, Freitag den 8. Januar 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

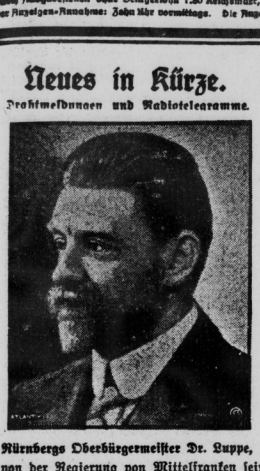
Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Zweigstellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Zeile 0.35 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Berechnung. Verlagsanstalt Paul Paanenanz G. m. b. H., Geschäftsführer: Dr. Bernhard Sachse 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Luppe,

der von der Regierung von Mittelfranken seines Amtes vorläufig enthoben wurde.

*

Wie die „Nürnberger Zeitung" meldet ist in Zusammenhang mit der gegen Oberbürgermeister Dr. Luppe eingeleiteten Voruntersuchung auch gegen Oberinspektor Zapf das Vorverfahren wegen Meineides eingeleitet worden. Oberinspektor Zapf sei einstweilen vom Dienst suspendiert worden.

*

Nachdem die Sozialdemokratie zum zweiten Male die Teilnahme an einer Regierungsbildung der Großen Koalition verweigert hat, haben die Kommunisten Besprechungen mit der Sozialdemokratie aufgenommen. Die Besprechungen sollen nicht nur der Frage einer gemeinsamen Stellungnahme beider Linksparteien gegen das Kabinett Luther gelten, sondern auch der Einbringung des gemeinsamen Antrags, die Fürstenabfindung einem Volksentscheid zu unterwerfen.

*

Wie die Agentur Havas mitteilt, sind in Paris die Verhandlungen zwischen den deutschen und den alliierten Sachverständigen über die Regelung der deutschen Handelsschiffahrt wieder aufgenommen worden. Man hoffe, zu einem Abkommen zu gelangen, doch würden sich die Besprechungen noch einige Zeit hinziehen.

*

Der Artikel 18 des Versailler Vertrages sieht die Möglichkeit der Beschlagnahme deutschen Eigentums auch nach dem Kriege vor. Verschiedene Staaten sind zur Nichtanwendung dieses Artikels bereit, aber Frankreich hat sich darüber noch nicht entschieden. Die Frage wird demnächst voraussichtlich behandelt werden.

*

Die Vollzugsausschüsse der Transportarbeiter und der Union der englischen Gemeindearbeiter haben gestern die Prüfung des Planes einer Vereinigung beider Gewerkschaften begonnen. Die Vereinigung der beiden Unionen würde 600 000 Arbeiter umfassen und den größten Arbeiterverband Englands und der ganzen Welt darstellen.

*

Im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung hat der österreichische Generalkommissar einen englischen Bankfachmann eingeladen, als Nachfolger von Gyns Berater der österreichischen Nationalbank zu werden, was dieser auch zusagte. Er wird sein Amt in den nächsten Tagen antreten.

*

Wie die Morgenblätter aus Budapest melden, wurde der verhaftete Prinz Ludwig Windischgrätz der psychiatrischen Beobachtung unterstellt, da gewisse Anzeichen auf zeitweise geistige Störungen schließen lassen sollen. Der Prinz ist schon seit längerem entmündigt. Die Wiener „Reichspost" warnt vor dem Glauben an alle Sensationsmeldungen aus Budapest; dem Blatt zufolge sind erst vier Verhaftungen erfolgt.

*

Die „Times" melden aus Bukarest: Nach den Aufregungen der letzten Tage ist in Bukarest Ruhe eingekehrt. Die bereits erlassenen Haftbefehle gegen die oppositionellen Abgeordneten sind infolge Weigerung des Justizministers nicht durchgeführt worden. Hinsichtlich der verhafteten Offiziere sind keinerlei Mitteilungen zu erhalten. Die allgemeine Auffassung ist, daß infolge der schnellen Abwicklung der Kronprinzenfrage im Parlamenti keine Gefahr für die Ordnung und die Monarchie mehr besteht.

*

Der griechische Diktator, General Pangalos, hat sich dem Athener Berichterstatter des Pariser „Temps" gegenüber dagegen verwahrt, daß seine Rede vom letzten Sonntag kriegerischen Geist atme und daß sie darauf hinweise, Griechenland bereite einen Krieg vor. Im Gegenteil, Griechenland werde eine Politik des Friedens betreiben und erhoffe, demnächst ein Balkanabkommen unterzeichnen zu können, das eine Ergänzung des Pakts von Locarno sein werde.

Die Demokratie in Nöten.

Dr. Koch beschwört die Geister der Großen Koalition.

In einer Rede in Stuttgart auf der Landesversammlung der Deutsch-Demokratischen Partei Württembergs machte Reichsminister a. D. Koch Ausführungen zur Frage der Regierungsbildung im Reiche.

Er betonte, daß das Ziel der Außenpolitik bindend und auch im Innern einigend für alle sein müsse, die sie mitmachten. Was die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei hierin trenne, seien Kleinigkeiten. Daher müsse es die Aufgabe der Parteien von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei sein, sich über ein Zusammengehen zu verständigen. Man solle

den Geist von Locarno auch einmal nach innen anwenden.

Es sei möglich, daß diese Parteien sich verständigten, die endlich einmal die Schläge vergessen sollten, die sie sich im Parteigezänkel gegenseitig zugefügt hätten. Man sage nun, die Zeit sei noch nicht gekommen. Wenn die Sozialdemokratie das Angebot der drei bürgerlichen Parteien ablehne, so werde es ihr ergehen wie dem Kaiser und Holstein, als sie 1885 das englische Bündnisangebot abgelehnt hätten, denn damals habe sich trotz widerstrebender Interessen England mit Rußland gegen Deutschland geeinigt.

Die Deutsche Volkspartei werde nicht immer bereit sein,

mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen. Es wäre das Verkehrteste, wenn sich die Sozialdemokratie in den Schmollwinkel zurückziehen wolle. Vor ein paar Tagen habe der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken gesagt, die Sozialdemokratie mache das Experiment der großen Koalition nicht mehr mit. Für die Deutsch-Demokratische Partei handle es sich nicht um ein Experiment, sondern um eine Pflicht. Auch für die Parteien gelte der Ruf: „Das Vaterland ruft". Es sei eine principielle Frage, ob die Sozialdemokratie mitmache und gleichberechtigt in die Front für die Republik eintrete, oder ob die Sozialdemokratie sich als Klassenpartei absondern wolle, bis sie die Mehrheit habe.

Man müsse die Frage stellen, wie denn der Parlamentarismus in Deutschland Boden finden solle, wenn man ihn nur tümmerlich mit den Minderheiten fortsetze.

Die Sozialdemokratie müsse sich zur Mitarbeit bekennen. Jede andere Lösung sei nur Notlösung. Daher sei es Pflicht, in dieser Stunde einen letzten Appell an die große sozialdemokratische Partei zu richten, das Vaterland in dieser Stunde nicht im Stiche zu lassen, denn wenn die Sozialdemokratie diesmal fernbleibe, so werde

dem Gedanken des Parlamentarismus in Deutschland eine tiefe Wunde geschlagen.

*

Der „Vorwärts" weist darauf hin, daß die Zeit drängt, die Anmeldung zum Völkerbund zu beschleunigen. Wenn der Eintritt im März erfolgen soll, müsse spätestens die Anmeldung im letzten Drittel dieses Monats vor sich gehen. Die Sozialdemokratie wird die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am Sonnabend dazu benutzen, um einen Druck auf den Außenminister auszuüben, von dessen Wiederkehr mit Herrn Luther heute auch die Sozialdemokratie schon überzeugt ist.

*

Der Reichsminister a. D. Koch sagt: „man soll den Geist von Locarno auch einmal nach innen anwenden". Das „auch" ist bezeichnend, nach außen wird er von den Demokraten usw. ja allerdings reichlich angewendet, leider aber von außen, von den anderen Mächten uns gegenüber durchaus nicht. Aber lassen wir das: Locarnogeist nach innen. Sehr schön. Nur befolgt Herr Koch ihn ebenso wenig, wie draußen Franzosen, Engländer und Italiener. Denn von einer Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen will Herr Koch nebst Anhängern nichts wissen; da heißt es: „der Feind steht rechts", da gilt kein Locarnogeist. Und seine sozialistischen Freunde wollen nicht einmal vom Locarnogeist gegenüber der Volkspartei etwas wissen.

Das ist Herrn Kochs großer Kummer. Aber er hat einen noch größeren, den er allerdings nur zart andeutet: Daß die Sozialdemokraten selbst von einem Locarno mit den Demokraten abrücken und wieder eine reine Klassenkampfpartei werden könnten.

Das würde allerdings „dem Parlamentarismus in Deutschland eine tiefe Wunde schlagen" und ganz besonders (was Herr Koch gar nicht ausspricht) der demokratischen Partei, die schon heute kaum noch dahinvegetiert und bei Ablage der Sozialdemokraten ganz und gar verlassen wäre.

Schlimm für Herrn Dr. Koch und seine Eskorte, aber gut für das deutsche Volk. Denn der Parlamentarismus in seiner heutigen Form ist Bankrott, er hat bewiesen, daß er nur immer tiefer in Armut und Elend führen, aber nicht helfen kann.

„Das Vaterland ruft". Das ist richtig. Aber es ruft nicht zur Rettung des absterbenden heutigen Parlamentarismus, sondern steht in dessen „tiefen Wunden" nur die verdiente Strafe seiner Unfähigkeit, nur die geschichtliche Gerechtigkeit. Das Vaterland und das Volk ruft nach etwas Anderem, Neuem, Besserem. Und nicht auf Herrn Dr. Koch hofft es, sondern auf seinen Hindenburg. Der wird in seiner reinen, von jedem persönlichen Machtstreben und Parteigeist freien Liebe zu seinem Volk schon den richtigen Weg finden, den wir alle gehen können, ohne daß es zu dem von Dr. Koch in seiner Ratlosigkeit geführteten Klassenkampf kommt. Denn für Hinderburg gibt es keine Klassen, sondern nur das eine ganze deutsche Volk.

Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge.

Im Reichsarbeitsministerium wurden nach amtlicher Mitteilung am Dienstag die Besprechungen über wichtige Fragen der Erwerbslosenfürsorge fortgesetzt. Die Vertreter der Länder stimmten dem vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf zu, der die Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge bezweckt, und erklärte sich auch mit den Vorschlägen der Reichsregierung einverstanden, durch die den Mißbräuchen bei Befreiung von den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge gesteuert werden soll.

Eingehend erörtert wurde die Frage eines Reichsausgleiches zwischen den örtlich verschiedenen Beitragssätzen. Die überwiegende Mehrheit der Länder sprach sich für die schleunige Einführung eines Reichsausgleiches aus. Ueber die Einzelheiten der Durchführung wurde nach mehrstündiger Aussprache eine grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt. Die drei Vorlagen des Reichsarbeitsministeriums sollen in Sitzungen des Reichsrats verabschiedet werden, die bereits in der nächsten Woche stattfinden sollen.

Zu der halbamtlichen Nachricht über Besprechungen im Reichsarbeitsministerium mit Vertretern der Länder, die wichtige Fragen der Erwerbslosenfürsorge zum Gegenstand hatten, behauptet eine Berliner Korrespondenz, daß der Reichsarbeitsminister einen Runderlaß an die Länder gesandt habe, worin wesentliche Erleichterungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge angekündigt würde. Gemeinden, die Notstandsarbeiten vornehmen, sollen statt wie bisher das Dreifache, zukünftig pro Kopf der Erwerbslosen das Fünffache des in der Gemeinde geltenden Satzes der Erwerbslosenunterstützung erhalten. Die Reichszuschüsse würden weiter als Darlehen gewährt werden, allerdings nicht mehr zum Reichsbankdiskontsatz verzinsbar, sondern nur noch zu 5 Prozent und außerdem rückzahlbar erst nach zehn Jahren.

Arbeitervertreter bei Handelsvertragsverhandlungen.

Der Reichstag hatte im August die Reichsregierung in einer Entschließung ersucht, bei allen in Zukunft stattfindenden Handelsvertragsverhandlungen auch Arbeiterführer hinzuzuziehen. In ihrer Antwort erklärt die Reichsregierung: Arbeiterführer sind zur Beratung bei Handelsvertragsverhandlungen in der Vergangenheit wiederholt zugelassen worden. Das wird, soweit möglich und erforderlich, auch in Zukunft geschehen. Eine Zusage auf Hinzuziehung kann generell jedoch nicht gemacht werden.

Der „Fall Barmat".

Die kommunistische Fraktion des preußischen Landtages hat eine große Anfrage eingebracht, die sich mit dem „Fall Barmat" beschäftigt. Es heißt da u. a.:

Bereits im Juli 1925 war die Untersuchung gegen die Gebrüder Barmat so weit abgeschlossen, daß schon damals die Anklage, lautend auf Betrug, Beamtenbestechung und Konkursverbrechen, hätte durchgeführt werden können. Inzwischen sind sechs Monate verflossen, während deren den Gebrüdern Barmat Gelegenheit gegeben wurde, ins Ausland zu gehen, ohne daß das Strafverfahren auf dieser Grundlage durchgeführt worden wäre.

Wir fragen das Staatsministerium: 1. ist sich die Staatsanwaltschaft nunmehr endlich über die Durchführung des Strafverfahrens schlüssig geworden? 2. Wenn nicht, aus welchen Gründen und auf wessen Veranlassung wird die Durchführung des Strafverfahrens gegen Barmat immer wieder verschleppt? Welche Staatsanwälte sind für diese Verschleppung verantwortlich?

Die neue Aktion der Gewerkschaften bei der Reichsregierung gegen die immer noch steigende Teuerung ist Mittwochvormittag erfolgt. Vor Neubildung der Regierung ist mit der Wiederaufnahme der offiziellen Verhandlungen zwischen Kanzler und Gewerkschaften nicht zu rechnen.

Was uns das kostet!

Und an wem liegt es?

Die letzte illustrierte Beilage des Berliner Tageblatts, dieses Champions der Demokraten, bringt auf der Titelseite als „Zeichen der Zeit" ein Bild von der Erwerbslosenunterstützungszahlung, das Schaufenster einer Berliner Engrosfirma mit der großen Aufschrift „Wir brauchen Geld" und ein Bild von der täglichen Zwangsversteigerung in der staatlichen Pfandkammer in Berlin.

Wirklich „Zeichen der Zeit" und sehr geschickt ausgewählt: sie packen und erregen. Wenn die Zeitung in ihren täglichen Artikeln nun auch eine Erklärung für die Ursachen der bildlich dargestellten Notlage unseres Volkes und Ratschläge und Mittel der Besserung angäbe, so würde man solche Bilder nur loben können.

Aber das wird man in den Spalten dieses „Weltblattes" vergebens suchen. Man fragt, warum nicht? und „man merkt die Absicht und man ist verstimmt": Mit diesen Bildern gibt das Blatt sich den Anschein von sozialem Mitgefühl, will aber in Wirklichkeit nur die Massen aufpeitschen; helfen und bessern will es nicht.

Das ist so richtig ein Musterbeispiel, für das, was man heutzutage auf seiten der Linken Politik nennt und was nun endlich vor dem bitteren Ernst der Zeit verschwinden muß. Das Mitgefühl und soziale Nachdenken, welche durch solche Bilder geweckt werden und die die stärksten Bindemittel des sozialen Lebens sind, werden hier in ihr Gegenteil umgekehrt, in besinnungslosen, unsozialen Haß, werden in den Dienst des Machthungers der Linkspolitiker gestellt. So wird künstlich die nötige Stimmung geschaffen z. B. für den heutigen Hauptschlager der Linken, für die Hetze gegen die ehemaligen Fürstenhäuser und ihre Vermögensrechte.

Das Hohenzollernvermögen, das ganz reines Privateigentum wie jedes andere auch ist, das insbesondere niemals etwa der Gesamtheit, dem Volke oder irgendwem sonst gehört hat, ist von den revolutionären Machthabern ganz einfach weggenommen worden und müßte nach Recht und Gesetz wie jedes andere rechtswidrig weggenommene Gut zurückgegeben werden, wenn die Hohenzollern nicht einen Vergleich angeboten hätten, der dem Staate rund 1 Milliarde in Sachwerten überläßt. Aber das wird von den Hetzern dem Volke natürlich verschwiegen. Ebenso wird verschwiegen, daß das Volk, die Masse der Einzelnen, gar nichts davon haben würde, wenn auch der Rest noch endgültig an den Staat fiele. Denn glaubt irgendwer, daß z. B. deshalb die Steuern auch nur um ein 1/10 Proz. herabgesetzt würden? Es ist ein Musterbeispiel, wie man heute das Volk irreführt und in Zwietracht hineinhetzt . . um . . um es abzulenken von der Wurzel des Uebels, unter dem wir leiden.

Sie hetzen gegen die ehemaligen Fürsten. Aber machen sie es denn etwa besser als diese? Unter den Fürsten hatte das um Westpreußen, Posen, Oberschlesien, Elsaß-Lothringen größere und viel reichere Land insgesamt 4,2 Milliarden im Jahr für die Staatsbedürfnisse aufzubringen. Unter den neuen Herrschern, in seiner Armut, muß es fast genau das Dreifache, 12,5—13 Milliarden im Jahr an Steuern usw. zahlen. Was spielt denn da die ganze sogenannte „Fürstenabfindung", die gar keine Abfindung, sondern Rückgabe fremden Eigentums ist, was spielt denn die einmalige Herausgabe von 100 oder auch 200 Millionen überhaupt für eine Rolle gegenüber den rund 8000 Millionen — in Worten achttausend Millionen — die die heutigen Herrscher alljährlich aus teuerzahlern über die früheren Beträge hinaus abnehmen?

Wenn sie es ehrlich meinten, verlören sie kein Wort über das Fürstenvermögen, aber sie redeten umsonst von den 8000 Millionen, die sie dem Volke jedes Jahr über den früheren Steuerbetrag hinaus an Kosten verursachen. Den Herren Geldkönigen, die doch zum allergrößten Teil der demokratischen Partei angehören, sollte nur einmal nach dem von ihnen den Hohenzollern gegenüber angewandten und jetzt erneut so laut empfohlenen Prinzip ¾ ihres Vermögens und mehr „im Staatsinteresse" enteignet werden: da könnte man ein schönes Zeter und Mordio in ihrer Presse erleben!

Sie sollen also ganz hübsch den Mund halten und lieber dafür sorgen, daß nun nicht nach den Fürsten auch noch das ganze Volk um das letzte Hab und Gut, um jährlich 800 Millionen zuviel erleichtert wird.

Aber von diesem Raub an Volke, an dem von den Demokraten und Sozialdemokraten angeblich so geliebten und fürsorglich mit schönen Reden geschäftelten Volke, davon ist in der Linkspresse nie die Rede.

Natürlich nicht. Denn sie können dem ausgepreßten Volke doch nicht sagen: „An Eurem ganzen Elend, an den so rührend abgebildeten „Zeichen der Zeit" sind wir mit unseren demokratischen Ideen und unserem demokratischen Staatswesen schuld; die Demokratie kostet Euch Staatsbürgern die Kleinigkeit von 8000 Millionen Mark mehr im Jahre, darum: hoch die Demokratie!"

Das können sie wirklich nicht gut sagen. Denn dann würde das Volk sich ausrechnen, daß diese vielgepriesene Errungenschaft der Revolution auf den Kopf der Bevölkerung rund 130 Mk. im Jahre, auf den Kopf des Werktätigen berechnet rund 300—400 Mk. im Jahre kostet. Das sind Beiträge, die gerade da, wo die Not am größten ist,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260108013/fragment/page=0001

bei den Arbeitslosen und den Arbeitern, so erheblich ins Gewicht fallen, daß sie eines Tages sagen könnten: „Lieber 300 Mk. mehr im Jahre und auf die Demokratie verzichten!"

Und dann wäre es vorbei mit der Demokratie, die den demokratischen Herren — im Gegensatz zu dem armen demokratischen Volke — so angenehme Vorteile aller Art bringt.

Aber der Tag ist gar nicht aufzuhalten, wo die Not der Zeit all den Phrasenschwall übertönt, mit dem die „Sozial"-Demokraten und die „Un-Sozial"-Demokraten dem gedrängten Volke der Steuerzahler die Demokratie bisher mundgerecht gemacht haben. Geht es mit dem Zusammenbrechen der Wirtschaft unter dem Steuerdruck und also auch mit der Zunahme der Arbeislosigkeit nur ein Weilchen noch so weiter wie jetzt, dann ist es nicht mehr zu verhindern, daß das Volk einmal vor seinem leeren Geldbeutel und mit knurrendem Magen ausrechnet, was ihm die frühere Staatsverwaltung und was ihm die heutige kostet. Besonders auch der schlichte Mann wird sich das ausrechnen, der einstweilen noch auf die Demokratie schwört.

Wenn dann die Anhänger der Demokratie sich nicht endlich auf das besinnen, was allein ihrer Herrschaft etwa Existenzberechtigung geben könnte und was sie seinerzeit dem Volke so verführerisch ausgemalt hatten: daß sie es nicht dreimal schlechter, sondern dreimal besser als die früheren Regierenden machen, dann wird im Volke nicht nur die schwere finanzielle, materielle Enttäuschung, sondern auch die Erbitterung über all die sonstigen Miseren unseres heutigen Staatslebens noch werden. Und dann wird niemand im Volke auf die Ablenkungsmanöver und all die Ausreden der Demokratie mehr eingehen, daß an unserer Not vor allem der Krieg schuld wäre. Denn der Krieg hat zwar gewiß ungeheure Verluste gebracht, aber dann hätte doch erst recht mit altpreußischem Rüchtzock für Sparsamkeit gesorgt werden müssen, genau wie einst, wie vom alten Fritz nach seinen drei schlesischen Kriegen; und das Volk dürfte erst recht nicht durch die Inflation schlimmer als einst in den Jahren 1806—1813 durch Napoleons Raubgesindel ausgeplündert und die Staatsausgaben und Steuern dürften erst recht nicht verdreifacht werden.

„An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen". Von dieser alten frommen Weisheit wollen unsere Linkspolitiker nichts wissen. Aber diese alte Weisheit ist stärker als die ihre. Allzulange schon spielen sie mit ihrem langmütigen aber unerbittlichen Richter: mit dem gesunden Menschenverstand unseres Volkes. Dr. H. Elze.

Stillegung aller oberschlesischen Eisenhütten?

Bei den oberschlesischen Hüttenverwaltungen (Oberschlesische Eisenbahnbedarfs A.-G., Oberschlesische Eisenindustrie A.-G., Donnersmarckhütte) besteht noch wie vor der Plan, ihre Eisenhütten so bald wie möglich stillzulegen. Der Durchführung des Planes einer Fusion steht die Verschuldung der Werke entgegen. Jede Gesellschaft hatte seinerzeit von der Seehandlung je 23 Millionen Mark Kredit erhalten. Erst, wenn es gelungen sein wird, diese Kredite, die nach Ansicht der Verwaltungen lediglich durch politische Momente (Trennung Oberschlesiens und Polenaufstände) aus der Welt zu schaffen, könne man an eine Rationalisierung der Betriebe und damit an ein Weiterarbeiten der Eisenhütten denken.

Der angebliche Erzbergermörder.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: In der Angelegenheit des in Aussee verhafteten angeblichen Erzbergermörders Schulz hat die Berliner Polizei heute früh telegraphisch mit der Polizeibehörde in Aussee in Verbindung gesetzt und ebenso hat sie Verbindung aufgenommen mit dem Polizeipräsidium in Wien. Von Wien aus wurde mitgeteilt, daß die in Aussee verhaftete Person zunächst behauptet habe, der Erzbergermörder Schulz zu sein. Sie habe diese Behauptung aber später zurückgezogen und sie als Schwindel bezeichnet. Das Polizeipräsidium in Berlin hat nunmehr sofort eine Photographie des Erzbergermörders Schulz, die seinerzeit vom Berliner Polizeipräsidium versandt worden ist, nach Aussee geschickt, damit an Hand dieses Bildes festgestellt werden kann, ob der Verhaftete tatsächlich der Erzbergermörder Schulz ist.

Eine Möglichkeit großer Ersparnisse.

Kurzschrift, Volkskurzschrift und Normalschrift.

Wir geben im folgenden einer beachtlichen Anregung Raum, die uns aus den Kreisen des Reichsverbandes zur Schaffung der deutschen Volkskurzschrift zugeht:

Die im Reichsverband zur Schaffung der deutschen Volkskurzschrift vereinigten Kurzschriftschulen Brauns, Paulmann, Keining, Nationalstenographie, Palm, Prehm, Reformstenographie, Roller, Scheithauer, Stolze und Stolze-Schrey haben in einer gemeinsamen Entschließung die Reichskurzschrift als Einheitskurzschrift abgelehnt. Die Kurzschriftschulen sind der Ueberzeugung, daß die Reichskurzschrift wegen ihrer schweren Erlernbarkeit und ihren sonstigen Mängeln den Bedürfnissen der Wirtschaft nicht genügt. Sie fordern vom wirtschaftlichen Standpunkte aus die Einführung einer Volkskurzschrift, die für jedermann ohne Mühe erlernbar ist und die deshalb überall angewendet werden kann. Wegen der großen Bedeutung dieser Bestrebungen nicht nur für die Kurzschreiber, sondern für die Gesamtheit des Volkes sei hier näher darauf eingegangen.

Die Reichskurzschrift ist nach Absicht ihrer Begründer und nach ihrem Wesen lediglich eine Berufs- und Redeschrift. Sie soll zum Nachschreiben von Diktaten und Reden dienen und daneben noch als Aktenschrift und als private Schnellschrift. Sie soll und kann nur als Vermittler zwischen dem schnell gesprochenen oder gedachten Worte und der Langschrift, nicht aber unmittelbar als Verkehrsschrift dienen. Der gesamte Schriftverkehr muß auch nach Einführung der Reichskurzschrift in Langschrift ausgeführt werden. Jeder Vielschreibende muß also zwei Schreibschriften nebeneinander verwenden, die Reichskurzschrift zur Aufzeichnung seiner Gedanken und zum Aufnehmen von schnell gesprochenen Worten und die Langschrift als schriftliches Verständigungsmittel mit anderen Menschen.

Die im Reichsverband zur Schaffung der deutschen Volkskurzschrift vereinigten Kurzschriftschulen verlangen dagegen die Einführung einer Kurzschrift, die nicht nur als Rede- und Berufsschrift dienen kann, sondern darüber hinaus, überall, wo es angängig ist, unmittelbar als Verkehrsschrift an Stelle der gewöhnlichen Schrift, damit die gesamte Schreibarbeit in kürzerer Zeit und in einfacherer Weise als heute erledigt werden kann. Das ist um so notwendiger, als die Schreibarbeit einen gewaltigen Umfang angenommen hat und sich noch ständig vermehrt.

Die Reichskurzschrift läßt sich leider nicht als allgemeine Verkehrsschrift verwenden, da sie trotz großer Vereinfachung gegenüber der Mutterschriftung (Gabelsberger) für die Allgemeinheit doch noch zu schwer erlernbar ist; jedenfalls kann man ihre Erlernung nicht jedermann zumuten. Eine Verkehrskurzschrift muß aber so einfach sein, daß sie jedermann ohne Belastung zum mindesten lesen lernen kann.

Eine Verkehrskurzschrift, die man wegen ihrer allgemeinen Ausbreitungsmöglichkeit auch Volkskurzschrift nennt, ist für das Wirtschaftsleben von hervorragender Bedeutung.

Ein großer Teil der Schreibarbeit könnte anstatt in Langschrift in Kurzschrift geschrieben werden, wodurch eine Verkürzung der Arbeitszeit für das Schreibgeschäft auf ein Drittel bis ein Fünftel herbeigeführt würde. Auch ein großer Teil des Schriftverehrs, für den heute die Schreibmaschine verwendet wird, könnte in Kurzschrift geführt werden, namentlich bei eiligen Sachen, sobald eine von jedermann leicht lernbare Volkskurzschrift bestünde. Der Bearbeiter kann die Briefe entweder selbst in Kurzschrift schreiben oder einem Kurzschreiber ansagen und von diesem in der üblichen Diktatgeschwindigkeit postfertig nachschreiben lassen. Mit der Druckschreibfeder oder noch besser mit dem Achatstift lassen sich gleich beim Nachschreiben mehrere Durchschriften machen, so daß nach dem Diktat nicht nur der abzusendende Brief, sondern auch die Durchschriften fertig sind. Die zeitraubende Uebertragung in Langschrift würde wegfallen, der Schriftverkehr in Kurzschrift würde eine ganz gewaltige Ersparnis an Zeit und Arbeitskraft gegenüber der heutigen Arbeitsweise bedeuten. Das wäre mindestens für alle kleinen Geschäftsleute von großem Vorteil.

Es führt zu weit, alle Vorteile, die der Gebrauch einer Verkehrs- oder Volkskurzschrift bringt, hier aufzuführen. Es sei nur noch erwähnt, daß die Kurzschrift nicht nur Zeit-, sondern auch raumsparend ist. Vieles, was in Langschrift als Brief geschrieben werden muß, läßt sich in Kurzschrift auf Postkarten unterbringen.

Ein Anwendungsgebiet, wo der Vorteil der Raumersparung besonders stark hervortritt, ist das der Bildetelegraphie. Diese ist neuerdings so vervollkommnet, daß es keine ernsten Schwierigkeiten mehr bereitet, Telegramme anstatt nach dem Morseverfahren durch den Bildetelegraphen weiterzugeben. Der Empfänger bekommt eine Photographie des aufgegebenen Telegramms. Mit dem Bildetelegraphen lassen sich längere Telegramme bedeutend billiger befördern als mit dem Morseverfahren. Dies zeigt ein Versuch, der vor einiger Zeit mit dem Bildetelegraphen zwischen Paris und Lyon gemacht worden ist. Es wurde eine Postkarte, auf der 1453 Worte in Kurzschrift geschrieben waren, durch den Bildetelegraphen befördert. Die Kosten dafür betrugen nur 25 Fr., die Uebermittlung desselben Textes nach dem Morseverfahren hätte mehr als das Zehnfache, nämlich 218 Franken gekostet. Dabei ist zu bedenken, daß der Bildetelegraph bisher noch unvollkommen war und deshalb teuer arbeitete; mit seiner Vervollkommnung werden die Bildetelegramme noch billiger werden.

Für die Wirtschaft wäre eine solche Anwendung der Kurzschrift von großem Vorteil. Das ist aber nur möglich, wenn eine Volkskurzschrift eingeführt wird, die jedermann ohne Mühe lesen lernen kann. Die im Reichsverband zur Schaffung der deutschen Volkskurzschrift vereinigten Kurzschriftschulen streben die Einführung einer solchen Kurzschrift an. Die Schulen verfolgen dieses Ziel ohne Eigennutz. Bei der Einführung der Volkskurzschrift sollen nicht Rücksichten auf diese oder jene Schriftung maßgebend sein, sondern lediglich die praktische Eignung der Schriftung. Durch vergleichende Erprobungen soll festgestellt werden, welche Schriftung für das Wirtschaftsleben mit den geringsten Mitteln den größten Nutzen bringt. Die sich am besten bewährende Schriftung soll als Einheitskurzschrift eingeführt werden.

Dr. Höke.

Meineidverfahren gegen Hitler?

Wie der „Fränkischen Tagespost" gemeldet wird, soll gegen Hitler ein Verfahren wegen Meineid eingeleitet worden sein. Hitler habe in eidlichen Bekundungen über das seinerzeitige Vorgehen der Kampfverbände Behauptungen aufgestellt, die der Wahrheit widersprächen. Außerdem ständen verschiedene Behauptungen Hitlers mit eidlichen Erklärungen, die Auer im Luppe-Streicher-Prozeß abgegeben habe, im schärfsten Widerspruch. Die Untersuchung liege in den Händen des Ersten Staatsanwalts Stengleln.

Die Kommunisten gegen die Eckenerspende

In einem Urantrage der kommunistischen Fraktion des Preußischen Landtages wird das Staatsministerium ersucht, im Hinblick auf angeblich in der Oeffentlichkeit erhobene schwerwiegende Vorwürfe gegen die Verwaltung der Zeppelin-Eckener-Spende die Sammlung in Preußen zu untersagen, die bereits gesammelten Gelder zu beschlagnehmen und sie der Erwerbslosenfürsorge zuzuführen, sowie für offenbar vergeudete Gelder die Verantwortlichen zum Schadenersatz heranzuziehen.

Export-Erschwernisse.

Bei der britischen Regierung ist eine deutsche Beschwerde über die Handhabung der neuen Industrieschutzzölle auf Handschuhe, Glühstrümpfe und Messerwaren eingegangen, weil die deutschen Schiffe bei ihrer Ankunft in den britischen Häfen solche Waren verzollen mußten, während die deutschen Exporteure von dem Inkrafttreten dieser Zölle zur Zeit, als das Schiff den deutschen Hafen verließ, keine Kenntnis hatten. — Die englische Handlungsweise ist ein Verstoß gegen den üblichen Brauch und läßt vom „Locarnogeist" nichts verspüren.

Englischer Wohnungsterror.

Die englische Besatzungsbehörde hat sämtliche freien Wohnungen in Bingen beschlagnahmt, und zwar nicht nur diejenigen Wohnungen, die nach Abzug der Franzosen frei geworden sind, sondern auch alle Wohnungen, die zurzeit nicht bewohnt sind, und die bisher dem deutschen Wohnungsamte unterstanden. Ohne Erlaubnis der englischen Besatzungsbehörde kann somit an die Bürger keine dieser freien Wohnungen abgegeben werden.

Auch die Vermietung der künftig freiwerdenden Wohnungen ist nur mit Zustimmung der englischen Behörde gestattet. Widerrechtlich bezogene Wohnungen werden sofort militärisch geräumt werden.

Unsere angeblichen Freunde, die Engländer, die in Locarno und London so von Freundschaftsversicherungen überflossen, treiben es schlimmer als die Franzosen. Sie werden, wenn es zu einer Auseinandersetzung mit Rußland kommen sollte, noch ganz andere Seiten gegen uns aufziehen.

Die Italiener beschweren sich!

Wie aus Innsbruck gemeldet wird, legte der italienische Generalkonsul in Innsbruck im Auftrage seiner Regierung beim Tiroler Landeshauptmann gegen den feindseligen Ton der nordtiroler Presse gegenüber Italien Beschwerde ein.

Der Tiroler Landeshauptmann teilte die Beschwerde den Pressevertretern Nordtirols mit, die in ihrer Antwort Verwahrung gegen die italienische Beschwerde einlegen und einmütig auf die nationale Bedrückung der Deutschen Südtirols hinweisen. Angesichts der Unterdrückung der deutschen Presse Südtirols erklären die nordtiroler Blätter es deshalb für ihre Pflicht, die Gewalttaten in Südtirol überall hin zu verbreiten. Auch die Postangestellten Nordtirols drohen mit Repressalien gegen Italien.

— Daß die Nordtiroler die brutale Vergewaltigung ihrer Volksgenossen durch die Italiener auch noch lobpreisen sollen, ist eine Unverfrorenheit, die man sonst nur bei Franzosen und Engländern gewohnt ist.

Die Londoner „Daily Mail" meldet aus Athen: Die faschistische Diktatur hat die Veröffentlichung der Geheimdokumente Venizeloos über den Weltkrieg beschlossen. Ferner wurde die Auflösung der sozialistischen Gewerkschaften, die Beseitigung des Streikrechts und die Errichtung nationaler Arbeiterkammern beschlossen, sowie auf Aufreizungen gegen die Diktatur die Todesstrafe gesetzt. In Griechenland herrscht Ruhe.

*

Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cook erklärte, die gestern von der „Morning Post" veröffentlichten Vorschläge der Zechenbesitzer bedeuteten eine Kriegserklärung an den Bergarbeiterverband.

*

Die „Baseler Nachrichten" melden aus Paris: 14 Departementskreise der französischen Sozialisten befürworten die Teilnahme der Partei an der Regierung.

*

Nach einer Meldung des Pariser „Journal des Debats" aus Angora hat die türkische Delegation, die am 7. Januar in Paris die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der türkischen Zinszahlungen beginnen wollte, ihre Abreise auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die Londoner „Morning Post" schreibt im Leitartikel, Großbritannien könne sich bei seinen Verhandlungen mit der Türkei auf die Unterstützung Frankreichs und Italiens verlassen.

*

Der chinesische General Feng beabsichtigt, eine Weltreise anzutreten. Sein Verzicht auf den Kampf mit Tschangtsolin wird mit seiner Befürchtung erklärt, im Falle der Niederlage ebenso hingerichtet zu werden wie der General Kuo, oder vorher ermordet zu werden wie Liu. Der andere Gegner Tschangtsolins, General Wupeifu, soll die Absicht haben, sich Tschanatsolin anzuschließen.

Amerika und sein Nationalpark.

Von Ernst Kühn.

Die amerikanischen Zeitungen melden, daß dem Kongreß der Vereinigten Staaten ein Antrag unterbreitet worden ist, den Großen Nationalpark, den Yellowstone-Park, noch durch Angliederung eines bedeutenden Gebietes zu erweitern.

Der Yellowstone-Park ist ein Naturwunder ersten Ranges, einzig und eigenartig in der ganzen Welt. Er umfaßt das riesige Gebiet von 3350 englischen Quadratmeilen und liegt im Staate Wyoming, also im Westen der Union, angrenzend an die mächtigen und steilen Felsgebirge (Rocky Mountains), in beinahe gerader Linie von New York nach San Franzisco. Der Park ist zur Erhaltung seiner wunderbaren Schönheit und noch mehr zur Erhaltung seiner geologischen Merkwürdigkeiten vom Kongreß im Jahre 1872 als gemeinsames Gut der Vereinigten Staaten unter den Schutz der Landesregierung gestellt worden. Das ganze Gebiet hat vulkanischen Charakter; die Krater sind aber erloschen und haben eine große Zahl von heißen Quellen — 3000 bis 4000 — und von Geisern hinterlassen, wie man die periodisch bis zu mächtiger Höhe emporspringenden heißen Quellen geiser. Diese Geisers übertreffen an Zahl und an Maxhöhe des Wassers alle Geisers in Island und auf der japanischen Halbinsel Simoda — Der größte Erzeisser, der augenblicklich still liegt, hat seien Wasser bis zu einer Höhe von 250 englischen Fuß, also über 80 Meter hoch geworfen. Dieses heiße Wasser ist nun wiederum der Grund zu einer zweiten wunderbaren Naturtatsache. Es enthält viel Silika und dieses Kieselsäurezusatz legt sich als blendend weißer Sinter weit und breit über die ganze Umgebung. Ringsherum um die Quellen haben sich sogar Kegel und Wälle von beträchtlichem Umfang und großer, mannigfaltiger Formschönheit gebildet; es sind da lange Terrassen von reicher, malerischer Formgestaltung. Da viele der heißen Gewässer auch noch Schwefel- und Eisenoxyde enthalten, so färben diese an vielen Stellen den reinen weißen Sinter noch mit prachtvollen Farbenbändern. Und alles dieses kontrastiert wunderbar zu dem dunklen Grün der Wälder, die die Geisers umgeben und der Hauptteil des Parks bedecken Schwarzfannen, Rottannen, Kiefern und Zedern und man stößt überall auch auf eine reiche Fauna: Rehe, Antilopen, Wildschweine, Bären, Elche; in den letzten Jahrzehnten hat man auf einem großabgesteckten Terrain den in Amerika wie in Europa vollkommen im Aussterben begriffenen wilden Bisonochsen wieder gezüchtet und die Art vollkommen regeneriert. Auch seltene Adlerarten sind hier zahlreich vertreten. Ueberaus prächtig ist im Sommer die Flora. Aber der Sommer ist sehr kurz; denn das Klima ist arktisch und während 9 Monaten im Jahr bleibt der Schnee liegen. 2360 Meter hoch befindet sich in der Mitte des weiten Gebiets der große Yellowstone Lake. Ein See in dieser Höhe und in dieser Ausdehnung ist eine große Seltenheit. Ihm entströmt der Yellowstone River, der durch sein reißendes Wasser, seine Stromschnellen, durch seine Windungen zwischen den hohen Vulkanfelswänden hindurch für die Schiffahrt gefährlich ist, aber dem Naturfreund malerische Bilder bietet und außerordentlich reich an Forellen ist. Um alle Natursehenswürdigkeiten des Gebietes den Reisenden leichter zugänglich zu machen, hat die Verwaltung an verschiedenen Stellen gute Hotels errichtet, am Haupt-Geyser, am Yellowstone Lake und an ein paar anderen, besonders schönen Punkten. Sie hat gleichfalls für gute Führer in diesem weiten wirren Terrain gesorgt. Es findet aber auch der Wanderer und der Wissenschaftler noch genug Stellen, die selten ein menschlicher Fuß betritt.

Nun ist, wie gesagt dem Kongreß der Antrag zugegangen, diesen Park noch um 300 000 acres (1 acres = 40½ Ar) zu vergrößern und zwar durch Einbeziehung der unmittelbar im Süden anschließenden Teton-Gebirgs-Kette, die selbst wieder hochinteressant ist, hier voll wilder Zerrissenheit, dort voll milder Anmut. Die höchste Spitze, der schneebedeckte Grand Teton, mißt 137 500 englische Fuß und berühmt ist die Jackson-Hole, eine der prächtigsten Höhlen der Welt.

Auf der Korallelninsel.

Unberührt vom hastig vorwärts drängenden Leben — hastig drängend auch in den nicht europäischen Ländern Asiens und Afrikas — liegen im Stillen Ozean noch heute weltferne Inseln. Nur sehr wenige von ihnen sind Anlegeplätze von Dampfern der zahlreichen amerikanischen Linien; und auch von den Regierungsdampfern werden nur die größten Inseln regelmäßig berührt. Die kleineren liegen abseits. Kein Reisebureau verkauft Fahrkarten dorthin und auf der Landkarte sucht man ihre Namen vergebens. Sie kennen weder Postamt, noch Arzt, noch Telegraph, weder Auto, noch elektrisches Licht oder Klavier. Ueber eine solche Insel und ihre Bewohner schreibt Dr. von Rossem in der „Haagschen Post":

Auf dieser Insel des „geruhigen Lebens" gibt es außer unseren Besuchern noch zwei Weiße: einen Gendarmen und einen Priester, die die weltliche und die geistliche Obrigkeit darstellen. Dann ist noch ein Chinese da, in dessen Händen die Fäden des gesamten Handels zusammenlaufen. Auch hinsichtlich der Eingeborenen leidet die Insel nicht an Ueberbevölkerung. Die Gruppe von 1918 brachte hier drei Vierter ins Grab und der Rest stirbt langsam, aber sicher aus. Doch dieser Rest lebt dafür im vollkommsten Glücke. Es sind Rentner und Millionäre; der ganze Boden — der fruchtbarste der Erde — liegt in ihren Händen und der Humus bringt Segen hervor ohne Pflug und Arbeit. Wenn sie gelegentlich etwas Bargeld nötig haben — denn es sind Millionäre ohne Geld — dann fabrizieren sie etwas Kopra oder sie schneiden Vanille — die Vanille, für die augenblicklich so hohe Preise erzielt werden. Arbeiten sieht man sie so gut wie nie. Sie sitzen oder schlafen. Das Schlimmste, was einem solchen Eingeborenen passieren kann, ist die Verurteilung seitens des Gendarmen im Verein mit dem Häuptling zu einer Gefängnisstrafe. Das bedeutet hier nicht, daß er irgendwo eingesperrt wird; er wird vielmehr auf Grund des Urteils gezwungen, zur Abbüßung der verwirkten Strafe täglich zwei Stunden zu arbeiten, z. B. bei der Anlegung eines Weges oder dergl. So etwas verändert er nie; er ist für sein ganzes Leben lächerlich geworden. „Glückliches Völkchen: Immer guter Laune und schläfrig, immer zufrieden und faul: Nur der Sonnabend ist ein Arbeitstag für das jüngere Geschlecht. Dann gehen die Jungen ins Gebirge hinein, um den Exporvrat für die kommende Woche einzusammeln; je pflücken Brotfrüchte, Avokado und Yam. Und man sieht die gesunden braunen Körper durch die Wälder eilen, lange Stöcke auf den Schultern, behangen mit allen Schätzen dieses Naturparadieses. Auf Geld legen sie wenig Wert; sie kennen weder das Kino, noch das Grammophon, weder das Motorrad mit Bewogen noch den Seidenstrumpf — all jene angeblichen Genüsse, für die der Europäer täglich acht bis zehn Stunden arbeitet.

Ehrung Rudolf Eudens. Dem Senior der Universität Jena, Geheimrat Prof. Dr. Rudolf Euden, ist, anläßlich seines 80. Geburtstages, von der juristischen Fakultät der thüringischen Hochschule das Ehrendoktorat verliehen worden.

Lehrauftrag für Siedlungswesen und innere Kolonisation. Dem Regierungs- und Kulturrat Dr. von Zantzier in Greifswald ist ein Lehrauftrag für Siedlungswesen und innere Kolonisation in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der dortigen Universität erteilt worden.

Dozentur für „Grenzland- und Auslandkunde". Als Privatdozent für „Grenzland- und Auslandkunde" habilitierte sich an der Universität Marburg Dr. jur et. phil. Johann Mannhardt, der seit 6 Jahren Geschäftsleiter des Instituts für Grenz- und Auslanddeutschtum ist, mit einer Schrift „Der Faschismus". Seine Sondergebiete sind Volkstums- und Staatenkunde, sowie Grenz- und Auslanddeutschtum.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260108013/fragment/page=0002